



BUND DEUTSCHER FORSTLEUTE NRW

Der Ticker 03/2022

Pressemitteilung zur Streitverkündung gegen Waldbesitzende in NRW

12.12.2022

Der Bund Deutscher Forstleute NRW (BDF NRW) ist über die Streitverkündung gegen Waldbesitzende in NRW durch die Landesregierung im anhängigen Schadenersatzverfahren zwischen Sägeindustrie und Land NRW verärgert.

Jahrzehntelang wurden unsere Betreuungsförster und die Forstämter von den jeweilig zuständigen MinisterInnen darauf getrimmt, das Holz der Waldbesitzenden über die Forstämter gemeinsam zu vermitteln. Dies war eindeutig die Forderung der jeweiligen Landesregierung. Initiativen einzelner FörsterInnen, Forstbetriebsgemeinschaften, Waldgenossenschaften und Kommunen zur Holzvermittlung waren unerwünscht und wurden den Bediensteten von Wald und Holz NRW vom Land untersagt. Wenn das Land jetzt den Waldbesitzenden den Streit verkündet, führt es seine damaligen Anordnungen ad absurdum. Unsere beratenden FörsterInnen erleben dadurch einen Vertrauensverlust der Waldbesitzenden. Denn diese konnten davon ausgehen, dass sich eine Beratung im Einklang mit geltenden Gesetzen befindet und nicht zur Streitverkündung führt.

Der BDF NRW ist auch vom Verhalten unserer neuen Waldministerin Gorißen enttäuscht. Wenige Tage vor der Streitverkündung haben sich alle maßgeblichen Verbände mit der Ministerin im obersten Forstausschuss getroffen. Auf die explizite Frage nach der Streitverkündung erhielten wir keine Antwort. Stattdessen mussten wir die Kabinettsentscheidung aus der Presse erfahren. Damit wurde nicht nur der oberste Forstausschuss als Beratungsgremium ausgehebelt, sondern ihm auch als ein Akt der Geringschätzung eine detaillierte Stellungnahme vor Verkündung versagt bzw. die fachliche Beratung verwehrt, die möglicherweise zu einem anderen Ergebnis geführt hätte.

Die Landesregierung hat mit ihrem Verhalten einen Vertrauensbruch begangen, der angesichts der Probleme des Waldes im Klimawandel umso schwerer wiegt. Alle Verbände hatten sich im Forstausschuss

gemeinsam mit der Landesregierung auf den Weg gemacht, die wichtigen Waldfunktionen wie Holzproduktion, Wiederbewaldung, Natur- und Artenschutz, CO₂ Senke, Erzeugung von regenerativer Energie, sauberes Trinkwasser und Temperaturabsenkung für eine Klimaregulierung gesellschaftsnützlich zu entwickeln. Dazu soll es einen Waldpakt 2 geben. Allen war klar, dass man bei diesem riesigen Vorhaben aufeinander angewiesen ist. Wenn man sich aber in einer solchen Schicksalsgemeinschaft im Interesse und Auftrag unserer BürgerInnen befindet, verklagt man sich nicht gegenseitig. Eine moralische Frage, bei der sich bisher die Waldverbände und die Landesregierung gegenüber der Sägewerksindustrie einig waren. Offensichtlich färbte das Verhalten der Sägewerksindustrie jetzt auf die Landesregierung ab.

Wie kann es weitergehen?

Wir fordern die Landesregierung auf, die Streitverkündung zurückzuziehen und gemeinsam mit dem Forstausschuss nach einer Lösung zu suchen.

Der BDF NRW hat sich nicht nur beim Waldpakt, sondern in allen Belangen des Waldes für einen gemeinsamen Weg von Waldverbänden, dem Naturschutz und der Landesregierung eingesetzt. Wir fordern die Landesregierung auf, diesen Weg nicht zu verlassen.



Landesvorsitzender BDF NRW
Fred Josef Hansen

Für weitere Informationen lesen Sie auch die Pressemitteilung des Waldbauernverbandes und des Kommunalen Waldbesitzerverbandes.